

AKTUELL

SOZIALE NOT

Betteln um Stimmen

Anina Valle Thiele

Um dem Betteln in der Hauptstadt Einhalt zu gebieten und die BürgerInnen zu „schützen“, hat die Stadt eine Informationsbroschüre mit Tipps herausgegeben. - Ein Wahlkampfmanöver?

Bettelei ist ein Phänomen, das auch in Luxemburg immer präsenter wird, vor allem in der Hauptstadt. Logische Folge einer wachsenden sozialen Kluft, in der die Reichen mehr haben und die Armut wächst. Dass die Sichtbarkeit von Armut im Stadtbild die Wohlhabenden stört, ist schon immer so gewesen. Nun ist Betteln an sich zwar nicht strafbar, geht in Luxemburg jedoch immer häufiger mit organisierter Kriminalität und dem Missbrauch von Spendensammlungen karitativer Organisationen einher.

Um dem Einhalt zu gebieten und die BürgerInnen und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, hat die Stadt Luxemburg nun in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt, der Polizei und Handicap International eine Informationsbroschüre herausgegeben. Sie enthält „Empfehlungen zum illegalen Betteln“. So wird dringend davon abgeraten, Bargeld zu spenden, und angeregt, stattdessen Sachspenden zu geben. Ferner heißt es: „Sollte ein Bettler aufdringlich oder aggressiv werden, so gehen Sie nicht darauf ein, sondern merken Sie sich sein Aussehen, (...) und rufen Sie unverzüglich die Telefonnummer 113 an. Diese Angaben dienen der Polizei zum Beweis des Tatbestands der strafbaren Bettelei.“ Abgesehen davon ist die Broschüre jedoch in einem nicht allzu aggressiven Ton gehalten, die Worte sind mit Bedacht gewählt. Auf die neuen Formen der organisierten Kriminalität müsse unsere Gesellschaft „auf eine gleichberechtigte und gerechte Art und Weise reagieren und jenen Personen, die der Unterstützung bedürfen, Hilfe anbieten, dies vor allem durch die bestehenden Sozialdienste und Strukturen“. Doch fragt man sich, ob die Stadt genügend soziale Auffangstrukturen anbietet. „Es ist ein sehr sensibles Thema“, gab Sozialschöffin Loschetter anlässlich der Präsentation zu bedenken. Zugleich bemühte sie sich sichtlich darum, den Zwiespalt zwischen sozialer Not der bettelnden Menschen und Handlungsnot der Stadt zu verbalisieren: „Die Leute schlafen auf unseren Straßen, auf unseren Spielplätzen. Wir haben eine Bettlerei der Not. Eine

Situation, in der die Leute weder zu essen, noch zu trinken haben. - Daneben haben wir aber auch eine Form von organisierter Kriminalität und Menschenhandel.“

Auch der Direktor von Handicap International, dessen Organisation in letzter Zeit wiederholt Opfer von Spendenmissbrauch war, spricht von organisierter Kriminalität. - Eine Kriminalität, der man sich entgegenstellen müsse, so der durchgängige Tenor des Flyers. Und das mache man als Stadt mit den Mitteln, die man habe. Freilich sei der Handlungsspielraum der Polizei nicht groß. Denn in vielen Fällen handele es sich bei den 30 bis 40 der Polizei bekannten „Kriminellen“ um Minderjährige. Allerdings wendet die Polizei auch einige repressive Maßnahmen, wie etwa den „Platzverweis“ an. Xavier Bettel und François Bausch haben deshalb einen Gesetzesentwurf zur Erweiterung der polizeilichen Kompetenzen vorbereitet, und auch der Innenminister beabsichtigt, ein verschärftes Gesetz auf den Instanzenweg zu schicken.

Zwischen sozialer Not und Handlungsnot der Stadt

Obwohl es der Sozialschöffin wichtig ist, sachlich zu vermitteln und eine Polemik zu vermeiden, ist diese doch längst entfacht - zumindest in den sozialen Netzwerken. In Facebook-Kommentaren ist die Rede von „einer Säuberung der Hauptstadt von Bettlern“. Dass gerade in diesem Diskurs schnell rassistische Ressentiments zutage treten werden, ist eindeutig. Und dass der Flyer diese Ressentiments bei einigen Menschen eher noch nähren wird, lässt sich sicher nicht vermeiden.

Der Bürgermeister mag richtig liegen, wenn er gebetsmühlenartig wiederholt, dass die Bettelei in Luxemburg-Stadt zunimmt - allerdings hält hier nur Einzug, was in den meisten europäischen Großstädten seit langem Realität ist. Doch weiß er, dass seine wohlhabenderen WählerInnen, sich von den Armen - noch dazu, wenn es MigrantInnen sind - bedroht fühlen. Und er weiß, dass in Wahlkampfzeiten die Rhetorik des „harten Durchgreifens“ und des mehr oder weniger latenten Ressentiments vielversprechender ist, als das Werben um Verständnis und Einsicht in soziale Zusammenhänge.

SHORT NEWS

Forderungskatalog der Patientenvertretung

(avt) - „Wir stellen fest, dass die Regierung eine ganze Reihe von Maßnahmen angeleiert, aber nicht zu Ende gebracht hat“, so der Präsident der Patientenvertretung René Pizzaferrri anlässlich einer Pressekonferenz. Die Neuregelung über Zusatztarife habe bereits 2009 auf der Agenda des Gesundheitsministers gestanden, doch bis heute hat sich in dem Bereich nichts getan. Insgesamt 28 Forderungen hat die Patientenvertretung nun vorgelegt. Allen voran fordert sie die Einrichtung einer neutralen und unabhängigen Beratungsstelle anstelle einer dem Gesundheitsministerium untergeordneten Instanz, wie im Gesetzesprojekt über Patientenrechte vorgesehen. Im Vordergrund ihrer Überlegungen stehen immer der Patient und seine Rechte. Damit kein Zwei-Klassen-System wie in Deutschland entsteht, fordert die Patientenvertretung eine adäquate medizinische Versorgung für alle Patienten - unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Aber auch gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Medikamente spricht sich die unabhängige asbl aus. „Medikamente sind kein Luxusgut“, sagte Michèle Wennmacher. Unabhängigkeit und Transparenz werden bei der Patientenvertretung weiterhin groß geschrieben. „Uns ist wichtig, dass die Regierung uns stärkt und dass wir unsere Unabhängigkeit bewahren,“ brachte Pizzaferrri seinen Zukunftswunsch auf den Punkt.

LSAP: Rot-blau-grünes Velodrom?

(lm) - Ob die Wählerinnen und Wähler Lust auf ein Morgen mit der LSAP haben, wird sich am 20. Oktober zeigen. Die Sozialisten jedenfalls haben Lust auf eine Dreierkoalition, das klang - etwas knapp vor den Wahlen - auf dem Programmkongress am vergangenen Montag an. Beim Ausländerwahlrecht, mit dem Spitzenkandidat Etienne Schneider sich bereits vor den Sommerferien als gesellschaftspolitisch Linker positioniert hat, dürften die potenziellen Partner schnell handelseinig werden. Sinnvolle Einsparungen vor Steuererhöhungen, auch darauf könnten sie sich - zumindest verbal - einigen. Das langjährige Lobbying der Arbeitgeber innerhalb aller drei Parteien dürfte am Ende „wettbewerbsschädigende“ Steuersätze verhindern. In der Index-Frage, wo LSAP und Grüne fast auf Gewerkschaftslinie liegen, müsste die DP aber über ihren Schatten springen - oder auf die Willfährigkeit ihrer Partner hoffen. Die sozialistische „Wohnungsoffensive“ dagegen, die die Bauperimeter sprengen soll und auf Kosten der Umwelt ginge, würde den Grünen stark missfallen. Ob die drei sich auf ein Fußballstadion einigen können, ist unklar, doch ein Velodrom müsste eigentlich mit dem Ausdauersportler und Freizeit-Radler François Bausch zu machen sein.

Doch kein Index-Wahlkampf?

(rg) - Das CSV-Wahlprogramm wird zwar erst am Samstag verabschiedet, doch zumindest die Position zum Index-System wurde bereits öffentlich diskutiert. Tatsächlich hat der noch vor wenigen Wochen von Juncker als Kernthema propagierte „gedeckelten Index“ keinen Eingang in das Programm der größten Volkspartei gefunden. Gefordert wird lediglich die Herausnahme von Tabak und Alkohol aus dem Warenkorb. Hinsichtlich der vieldiskutierten Ölprodukte wird die gleiche Maßnahme als Option für einen späteren Zeitpunkt angeführt. Weitere Änderungen am bestehenden System sollen erst nach einer mit den Sozialpartnern durchzuführenden „Konsensanalyse“ in Betracht gezogen werden. Damit unterscheidet sich die CSV-Linie nicht wesentlich von denen der anderen regierungswilligen Mitstreiter: Im wesentlichen sollen es die Sozialpartner richten. Ein Konsens ist allerdings nicht in Sicht, denn die Arbeitgeber forderten diese Woche eine totale Desindexierung der Wirtschaft - also auch der Löhne. Auf der anderen Seite warnte OGBL-Präsident Jean-Claude Reding vor Zugeständnissen an das Patronat: Juncker hätte für sein Indexmodell beim Fedil-Präsidenten Dennewald lediglich Hohn und Spott geerntet. Für den Industriellenverband sei das allenfalls eine Zwischenetappe ... vor der radikalen Abschaffung. Der OGBL bleibt deshalb bei seiner Position und will nur eines akzeptieren: Am alten System wird nicht gerüttelt. Zumindest in Bezug auf die Chamber-Wahl sieht es demnach nach einem Teilerfolg für die Gewerkschaften aus, denn ein Votum gegen den bestehenden Index wird es nicht geben.